Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr.
monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 268. Abendblatt. Donnerstag, den 11. Juni 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 10. Juni. Der gestern erwähnte Artikel der „Daily News" über den Grafen Bismarck lautet: „Graf Bismarck ist wieder durch Krankheit abgehalten, sich an den Staatsgeschäften zu betheiligen. Diejenigen, welche in Erwägung nehmen, was Graf Bismarck in Preußen ist, werden nicht überrascht sein, daß ihm hier und da die Kraft ausgeht. Er ist mehr als der Schöpfer der preußischen Politik und ihrer Seele, er ist der streitbare Kämpfer und hat nicht nur jenseits des Rheins oder der Donau Gegner gefunden. Das beherrschende Uebergewicht, welches er über die deutschen Gemüther ausübt, und die Geschicklichkeit, mit der er im Innern die gefährlichsten Elemente der Opposition neutralisirt hat, legen für seine Macht sogar noch größeres Zeugniß ab, als die militärischen Erfolge des Jahres 1866. Es ist ein peinlicher Gedanke, die Entfernung eines Staatsmannes von den Staatsgeschäften für möglich halten zu müssen, der so viel wie er für Deutschland gethan hat und der fähig schien, noch viel mehr zu thun. Niemand kann wissen, wie bald die Deutschen benöthigt sein werden, gegen die mächtigsten Nachbarn und durch die entschiedensten Maßregeln Zeugniß dafür abzulegen, daß sie entschlossen sind, der nationalen Einheit bis zu ihrer vollständigen Verwirklichung nachzustreben. Und in einer solchen Krisis würde Graf Bismarck als vornehmster Rathgeber Legionen werth sein. Um Deutschlands willen hoffen wir, daß die Krankheit des größten der lebenden Staatsmänner nur vorübergehend sein und die Thatsache, daß seine ausgezeichneten Eigenschaften seinem Vaterlande zur Verfügung stehen, zur Erhaltung des europäischen Friedens beitragen möge." — Wie wir hören, wird Graf Bismarck seinen Urlaub nächste Woche antreten und sich von den Staatsgeschäften wahrscheinlich bis zum Herbst fern halten. Die Nachricht der „Bresl. Ztg.", der Gesundheitszustand des Grafen sei der Art, daß ihm eine Enthaltung von den Staatsgeschäften bis in den Winter hinein geboten sei, ist nicht begründet. Graf Bismarck hat übrigens heute den Besuch des Königs erhalten. — Der Minister Graf Eulenburg wird seine Reise nach Karlsbad Ende dieser Woche antreten. — Die Nachricht von der Erkrankung des Grafen Goltz in Paris wird heute von einigen Berliner Blättern aufrecht erhalten. Es mag daher wiederholt werden, daß hier in wohlunterrichteten Kreisen von einer Erkrankung desselben und daher auch von einer Operation, der sich derselbe neuerdings wieder unterziehen wolle, nichts bekannt ist. Die wahrscheinliche Reise desselben nach Ems steht mit seinem früheren Leiden in keiner Verbindung. — Heute feiert die Tochter des Kriegsministers v. Roon ihre Vermählung mit dem Landrath v. Brauchitsch, welche Feier auch Se. Maj. der König mit seiner Gegenwart beehren wird. — Wie wir schon gestern erwähnt haben, wird die Erledigung der Marinefrage durch die Vorlage eines Gesetz-Entwurfs von Seitens des Bundeskanzlers erfolgen, mit dem die Mehrheit des Reichstags sich im Voraus einverstanden erklärt hat. Die Verwaltung der Marine-Anleihe soll hiernach bis auf Weiteres der Hauptverwaltung der Staatsschulden übertragen und nach Maßgabe des Gesetzes vom 24. Febr. 1850 ausgeführt werden. Die Hauptverwaltung der Staatsschulden ist dafür verantwortlich, daß die Konvertirung der auf diese Anleihe auszugebenden Schuldverschreibungen nicht anders als auf Grund eines dieselbe anordnenden oder zulassenden Gesetzes erfolgt. Zugleich soll eine Bundesschulden-Kommission eingesetzt werden, bestehend aus 3 Mitgliedern des Bundesraths, aus 3 Mitgliedern des Reichstags und aus dem Präsidenten der Rechnungsbehörde des norddeutschen Bundes, bis zu deren Errichtung aber aus dem Chef-Präsidenten der Oberrechnungskammer. Die Bundesschulden-Kommission hat dieselben Verpflichtungen dem Bundesrath und dem Reichstag gegenüber wie die preußische Staatsschulden-Verwaltung den beiden Häusern des Landtags gegenüber. Die obere Leitung steht dem Bundeskanzler zu. Die formelle Initiative zu dieser Art der Erledigung ist selbstverständlich auf Seiten der Regierung, welche diese Vorlage macht, die moralische Urheberschaft aber auf beiden Seiten gewesen und das Auskunftsmittel durch eine vertrauliche Verständigung zwischen dem Bundeskanzleramt und den maßgebenden Persönlichkeiten der einzelnen Parteien gefunden worden. Das Fest in Kiel scheint namentlich das Seine zu dieser erfreulichen Erledigung beigetragen zu haben, wodurch die jüngst angebahnte Entwickelung der Marine von Neuem gesichert wird. — Die „Provinzial-Correspondenz" bleibt bei ihrer früheren Ansicht stehen, daß sich der Schluß der Reichstags-Session nicht erheblich über den 20. d. M. ausdehnen werde. Auch der Wunsch des Präsidiums soll auf einen möglichst baldigen Schluß gerichtet sein. Und in der That wird es nach Erledigung des Staatshaushalts schwerer als bisher sein, den Reichstag beschlußfähig zu erhalten. Wenn die Gegner des norddeutschen Bundes hierbei von Mangel an Pflichteifer, von Folgen der Diätenlosigkeit u. s. w. zu sprechen belieben, so ist auf solche Redensarten nichts zu geben, vielmehr zu bedenken, daß ein großer Theil der Abgeordneten 2 Jahre mit geringer Unterbrechung auf allgemeinen und speziellen Landtagen beschäftigt ist und daß eine solch abnorme, durch die Umstände gebotene Thätigkeit schließlich die besten Kräfte ermatten muß. Andrerseits kann ja auch darauf hingewiesen werden, daß auch solche Versammlungen, für welche die Demokraten besondere Vorliebe zeigen, wie z. B. die Stadtverordnetenversammlung in Berlin, trotzdem, daß diese wöchentlich nur eine Sitzung hält, häufig aus Mangel an Theilnehmern nicht zu Stande kommt, ohne daß den Mitgliedern oder dem Institut von den Demokraten daraus ein Vorwurf gemacht wird. — Es ist ein Reglement über die Benutzung der innerhalb des norddeutschen Telegraphengebiets gelegenen Eisenbahn-Telegraphen zur Beförderung solcher Depeschen, welche nicht den Eisenbahndienst betreffen, aufgestellt. Durch dasselbe werden die Gebühren, welche bisher noch sehr verschieden erhoben werden, für alle Eisenbahn-Telegraphen vom 1. Juli ab gleichgesetzt. Für diejenigen Depeschen, deren Beförderung ausschließlich mit Eisenbahn-Telegraphen erfolgt ist, fällt diesen auch die Gebühr ungeschmälert zu. Werden dagegen Depeschen streckenweise durch Telegraphen des Bundes und streckenweise durch Telegraphen der Eisenbahn befördert, so erhält der Eisenbahn-Telegraph 5 Sgr. für die Depesche ohne Rücksicht auf die überhaupt erhobene Gebühr, sowie ohne Rücksicht auf die Wortzahl. Depeschen von 50—100 Worten werden jedoch als 2 Depeschen, von 100—150 Worten als drei Depeschen u. s. w. berechnet. Für solche Depeschen, welche bei einer Eisenbahn-Telegraphenstation aufgegeben werden und die einer an demselben Orte befindlichen Bundes-Telegraphenstation auf telegraphischem Wege oder durch Boten zugeführt werden, erhält der Eisenbahn-Telegraph bei Depeschen bis zu 50 Worten $2\frac{1}{2}$ Sgr., bei Depeschen von 50—100 Worten 5 Sgr. u. s. w.

Berlin, 11. Juni. Se. Majestät der König fuhr gestern Morgens $\frac{3}{4}$9 Uhr in Begleitung des Flügeladjutanten Oberst-Lieutenants v. Hymmen nach dem Tempelhofer Felde und besichtigte daselbst, umgeben von dem Kronprinzen, den Prinzen Karl, Albrecht, Vater und Sohn, dem Prinzen August von Würtemberg, sowie von der Generalität, den Militär-Bevollmächtigten und den aus Sachsen, Würtemberg, Hessen hier anwesenden Offizieren, das 2. Garde-Ulanen- und das 2. Garde-Dragoner-Regiment. Vormittags 11 Uhr, nach beendigten Exerzitien und Evolutionen hatten zunächst die Hofmarschälle Grafen Pückler und Perponcher, des Geheimen Kabinetsraths v. Mühler, der Geh. Hofrath Borck Vortrag und verabschiedete sich alsdann der Prinz Admiral Adalbert vor seiner Abreise nach Karlsbad. Nachmittags begab sich der König in das auswärtige Amt, konferirte mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und wohnte alsdann der Trauung der Tochter des Kriegsministers v. Roon mit dem Landrath v. Brauchitsch bei. Mit einer Einladung zur Königlichen Tafel waren beehrt der Prinz August von Würtemberg, der Prinz Heinrich von Hessen, der Fürst Pleß, der Herzog von Ratibor, der sächsische Staatsminister v. Friesen, der weimarische Staatsminister v. Watzdorff, der diesseitige Gesandte in Brüssel v. Balan, der Vice-Präsident des Kammergerichts von Mühler, der erste Präsident des Appellationsgerichts in Hamm, Hartmann, der Vice-Bürgermeister Stephani in Leipzig und außerdem die würtembergischen, hessischen und sächsischen Offiziere, welche theils zur Dienstleistung, theils zur Theilnahme an den Kavallerie-Besichtigungen hierher kommandirt worden sind. Abends begab sich der König wieder nach Schloß Babelsberg.

— Der König reist, so weit bis jetzt bestimmt, am Montag früh nach Schloß Fürstenstein, kehrt aber schon am Dienstag Abends hierher zurück.

— Der Bundeskanzler Graf Bismarck wird sich zur weiteren Kräftigung seiner Gesundheit demnächst mit längerem Urlaub auf seine Güter (in Pommern) begeben.

Berlin, 10. Juni. Die „Prov.-Corr." bespricht den Bundeshaushalt und die Marine und bestätigt, daß durch vertrauliches Einverständniß zwischen der Bundesregierung und der überwiegenden Mehrheit des Hauses eine Lösung der diesmaligen Schwierigkeiten vorbereitet sei, durch welche die Aufnahme der Anleihe für die Marine ermöglicht werden soll, ohne daß die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die Bundesschulden-Verwaltung für jetzt weiter in Betracht kommen. Es waltet die Absicht ob, durch ein besonderes Gesetz festzusetzen, daß die diesmalige Bundes-Anleihe der preußischen Staatsschuldenverwaltung überwiesen werde, wogegen die Regelung des Bundesschuldenwesens künftiger gesetzlicher Vereinbarung vorbehalten bliebe. In Aussicht auf eine derartige Gesetzesvorlage, für welche die Zustimmung des Reichstages im Voraus gesichert zu sein scheint, sind die weiteren Berathungen über den Haushalt der Marine einstweilen ausgesetzt worden. So ist denn Aussicht vorhanden, daß die jüngst angebahnte Entwickelung unserer jungen Seemacht durch eine patriotische Entschließung von Neuem gesichert werde.

— Die „Prov.-Corr." schreibt: Bei der Berathung über den für die Provinz Hannover bewilligten Provinzialfonds ist seitens der Staatsregierung die Absicht ausgesprochen worden, behufs Föderung der provinziellen Selbstverwaltnng in ähnlicher Weise auch den übrigen Provinzen besondere Fonds auszusetzen. Seitens mehrerer der jüngst versammelten Provinzialstände sind demzufolge bereits umfassende Anträge in Bezug auf die Regelung der provinziellen Verwaltung gestellt worden. Dieselben bilden zur Zeit den Gegenstand allseitiger und sorgfältiger Erwägung zwischen den betreffenden einzelnen Ministerien und dem Gesammt-Ministerium.

— Außer dem Bundeshaushalt und dem vorzulegenden Gesetze über die Verwaltung der Marine-Anleihe wird der Reichstag nach der „Pr.-C." jedenfalls noch das Gesetz über die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes und einige andere Vorlagen in Betreff der Bundesbeamten und der Rechnungslegung im Bunde erledigen. Doch werde sich der Schluß der Session kaum erheblich über den jüngst in Aussicht genommenen Zeitpunkt hinaus verzögern.

— Die Verwaltungs-Einrichtungen in Schleswig-Holstein, sagt die „Prov.-Corr.", werden in der früher angedeuteten Weise nunmehr endgültig geordnet werden; in Uebereinstimmung mit den bei der Berathung und Feststellung des Staatshaushalts im Landtage kundgegebenen Wünschen wird außer dem Oberpräsidium, dessen Sitz in Kiel verbleibt, nur Eine Regierung für die beiden Herzogthümer mit dem Sitze in Schleswig errichtet und unverweilt organisirt werden.

— In Rheinland und Westphalen haben mehrere Zeitungen die Ausgabe der am Sonntage zu druckenden Nummern aufgegeben. Die „Köln. Zeitung" wird diesem Beispiele nicht folgen.

— Aus Thüringen, 8. Juni, wird der „N. Z." geschrieben: Das im Kriege von 1866 so bedeutungsvolle Gefecht bei Dermbach hat gestern eine recht angemessene Erinnerungsfeierlichkeit erlebt. Von dem Großherzoge von Sachsen ist nämlich die Initiative und unter Betheiligung der Offiziere der damals engagirten Regimenter auch die Bewilligung der Mittel für ein Denkmal der bei Dermbach Gefallenen und dort Begrabenen ausgegangen. Preußen und Baiern liegen hier neben einander bestattet und haben daher auch ein gemeinsames Monument erhalten. Die Weihe desselben fand gestern statt. Der protestantische und katholische Geistliche vollzogen nach entsprechenden Reden den Weiheakt. Vertreter der Main-Armee und des baierischen Heeres hatten sich eingefunden; General Vogel v. Falkenstein war selbst erschienen und hielt eine jugendlich-frische Ansprache. Er schilderte die Bedeutung der Gefechte des 4. Juli für die Operationen der Main-Armee und gedachte namentlich der tapferen und braven Westphalen, die er damals kommandirt und mit denen er so lange in Verbindung gestanden. Schließlich wandte er sich an die Vertreter der baierischen Armee und indem er an die neuen freundschaftlichen Beziehungen von Preußen und Baiern erinnerte, reichte er den baierischen Offizieren in brüderlicher Herzlichkeit die Hand. Hiernach erfolgte die Uebergabe des Denkmals an die Gemeindebehörde Dermbachs.

— Das Comité, welches am Schluß des Zollparlaments das Fest für die süddeutschen Abgeordneten auf Tivoli veranstaltete, hat einen Kassenüberschuß von ca. 100 Thlrn. behalten; wie die „Post" hört, wird diese Summe dem Verein zur Rettung Schiffbrüchiger in Bremen überwiesen werden.

— Der General-Telegraphendirektor v. Chauvin begiebt sich heute Abend zum Kongreß der europäischen Telegraphen-Verwaltungen nach Wien, wo einerseits besprochen werden soll, ob die auf dem Kongreß zu Paris im Jahre 1865 als allgemein gültig aufgestellten Bestimmungen für den internationalen Telegraphenverkehr sich bewährt haben oder ob Abänderungen wünschenswerth erscheinen, und andererseits um Vorschläge, welche von den Telegraphen-Verwaltungen für die Berathungen zu Wien proponirt worden sind, zu prüfen. Die Dauer der Abwesenheit des Herrn v. Chauvin wird auf vier Wochen berechnet. Derselbe wird gleichzeitig die Gelegenheit benutzen, um mit den Vertretern der österreichischen, baierischen, würtembergischen, badischen und niederländischen Telegraphenverwaltungen Besprechungen zu halten, in welcher Weise neue Arrangements zu Regelung der telegraphischen Verhältnisse der bisher zu dem deutsch-österreichischen Telegraphenverein gehörigen Staaten getroffen werden können, da durch die Vereinigung des gesammten Telegraphenwesens Norddeutschlands an einer Stelle dieser Vertrag hinfällig geworden ist; denn Hannover, Mecklenburg u. s. w., welche Mitglieder des Vereins waren, haben diese Eigenschaft verloren. Herr v. Chauvin wird entsprechende Vorschläge machen, nach welchen Preußen besondere Verträge mit Oesterreich, den Niederlanden und den süddeutschen Staaten, welche unter sich eine engere Vereinigung bilden könnten, als empfehlenswerth bezeichnen dürfte.

— Die baierischen Abgg. Dr. Karl Barth und Genossen haben an die „liberal-konservativen" Wähler auf dem Lande eine Erklärung über ihre Wirksamkeit im Zollparlament veröffentlicht. Dieselbe ist im Wesentlichen ein Auszug aus dem Rechenschaftsbericht der süddeutschen Fraktion, unterscheidet sich jedoch von diesem dadurch, daß in ihr nichts von einer „entschieden freisinnigen Politik" gesagt, und dadurch, daß die vertragsmäßigen Pflichten gegen den Norden viel schwächer betont sind, indem nur gesagt wird, die bestehenden Verträge hinderten nicht die Vereinigung der Südstaaten, sondern sie würden durch eine solche Vereinigung nur um so leichter und gefahrloser erfüllt werden.

— Auf die Tages-Ordnung einer der nächsten Plenarsitzungen wird die Schlußberathung über den Antrag der Abgg. Weissich und Becker (Oldenburg) gesetzt werden, der dahin geht, „den Bundeskanzler aufzufordern zur baldigen Vorlage eines Gesetz-Entwurfes, welcher die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs und der allgemeinen deutschen Wechsel-Ordnung als Bundesgesetze bezweckt." Die Referenten Abg. Bürgers und Abg. Dr. Waldeck beantragen, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen: „den Bundeskanzler aufzufordern, baldigst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch und die allgemeine deutsche Wechsel-Ordnung nebst der dazu gehörigen Novelle als allgemeinsames Gesetz des norddeutschen Bundes eingeführt, beziehungsweise da, wo sie bereits als Landesgesetze gelten, für Bundesgesetze erklärt werden."

— In dem Saal des „Hotel de Rome" fand am Dienstag Abend die General-Versammlung des hiesigen Wahl-Vereins der Konservativen statt. Der Vorstand hatte die Versammlung berufen, um die namentlich durch den Abgang des früheren Vorsitzenden Professors Glaser nach Marburg verzögerte definitive Konstituirung des Wahlvereins vorzunehmen. Der Vorsitzende sprach über den Zweck und die Aufgabe dieses neuen Vereins: Die patriotische Vereinigung, welche seither mit dem preußischen Volksverein die konservativen Interessen in Berlin vertrat, habe sich leider aufgelöst, während der Volksverein seine meisten und einflußreichsten Mitglieder außerhalb Berlins besitze. Daher könne dieser weniger einwirken auf die Wahlen in Berlin. Mit Rücksicht darauf und auf den kläglichen Ausfall der letzten Wahlen habe sich der neue Verein konstituirt. Sein Zweck sei, die konservativen Elemente in Berlin zu vereinen und zu organisiren, so wie die politischen und städtischen Wahlen vorzubereiten und zu leiten. Die konservative Partei sei bisher in den Fehler verfallen, die Wahlagitationen erst kurz vor den Wahlen zu beginnen, statt sie längere Zeit vorher einzuleiten. Der Verein werde sich bei seiner Aufgabe nicht von dem Volksverein trennen, vielmehr würden dessen nicht unbedeutende Mittel dem Wahlverein zu Wahlagitationen bereit stehen. Außerdem solle aber der Verein die konservativen Bezirksvereine kräftigen, und wo solche noch fehlen, sie ins Leben rufen. Mitglied des Vereins könne nur werden, wer das politische Wahlrecht besitzt, der konservativen Partei angehört und demnach die Liebe und Treue zu dem Königshause der Hohenzollern, in Verbindung mit der Liebe zum engeren und weiteren Vaterlande, als höchsten politischen Grundsatz erachte,

und die preußische Verfassung vom 31. Januar 1850, so wie die norddeutsche Bundes-Verfassung vom 16. April 1867 als Grundgesetz anerkenne. Ein anderes Programm habe der Verein nicht aufgestellt. Der Vorsitzende schloß diese Ansprache, indem er zur zahlreichen Betheiligung an dem Verein aufforderte. Dann wies Stadtgerichtsrath Betram auf die Nothwendigkeit der Begründung eines solchen Vereins hin; man müsse Deutschland, ja Europa zeigen, daß in Berlin noch eine konservative Partei vorhanden, welche die Regierung des Königs unterstützen wolle. Aber wenn der Verein wirken solle, so müßten ihm auch durch recht zahlreiche Betheiligung die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wer mehr geben könne, als den festgesetzten Beitrag von einem Thaler jährlich, der möge es im Interesse der konservativen Sache thun. — Darauf folgte die Wahl der 24 Beisitzer, von denen je vier einem der sechs Berliner Reichswahlkreise angehören sollen. Damit schlossen die eigentlichen Verhandlungen; es folgten noch die Vertheilung der Mitgliedskarten und die Zeichnung von Beiträgen.

Berlin, 11. Juni. (Norddeutscher Reichstag.) 20. Sitzung. Eröffnung 10½ Uhr; Präsident Dr. Simson; am Tisch der Bundes-Kommissarien; Staatsminister v. Friesen, Präsident Delbrück, Gen.-Post-Direktor v. Philipsborn u. A. Nach geschäftlichen Mittheilungen tritt das Haus sofort in die Tagesordnung, zunächst Fortsetzung der Spezialberathung des Einnahme-Etats. Kap. 2. Post- und Zeitungs-Verwaltung leitet der Bundes-Kommissar Gen.-Post-Direktor v. Philipsborn mit einigen Erläuterungen des Etats ein, das 919,750 Thaler weniger Einnahmen, 955,624 Thaler mehr Ausgabe und somit nur einen Ueberschuß von 548,519 Thlr. ergiebt (1868: 2,413,893 Thlr.). — Abg. Dr. Becker beklagt die Porto-Erhöhung für die kurzen Distanzen, für die Packet- und Geldsendungen. Von der letzteren würde nur die Bank Vortheil haben. Abg. Stephani wünscht die Einführung eines Bestellgeldes von ½ Sgr., statt des Stadtbriefportos von 1 Sgr. zwischen aneinander grenzenden Orten (Köln-Deutz, Hamburg-Altona 2c.). General-Postdirektor v. Philipsborn erklärt, daß dies eine gesetzliche Aenderung des Postgesetzes erfordere. — Abg. v. Hennig bringt nochmals die vom Abg. Lasker angeregte Beschränkung der Portofreiheiten in Anregung. Dieselben seien z. B. von Beamten zu Wahlagitationen benutzt worden. — General-Postdirektor v. Philipsborn: In neuerer Zeit seien die Portofreiheiten nur durch die großen politischen Zwecke vermehrt worden. Es werde darin mit großer Vorsicht zu Werke gegangen. Die Aufhebung würde auf andere Weise wieder die Matrikularbeiträge erhöhen und keinen namhaften Nutzen bringen. — Abg. Twesten erkennt die großen Fortschritte im Postwesen auf, namentlich auch die Gehaltsverbesserungen. Die Portofreiheiten seien unvermeidlich und brächten auch keinen Nachtheil. — Der Abg. Lasker: Die Portofreiheiten seien in vielen Beziehungen Staatsunterstützungen. Er wünsche Vorlegung einer Uebersicht aller gewährten Portofreiheiten. — General-Postdirektor v. Philipsborn sagt für die nächste Session die Vorlegung einer ausführlichen Denkschrift mit den entsprechenden Tabellen zu. (Beifall) — Abg. v. Blanckenburg: Er habe von vorn herein große Bedenken gehegt wegen des Ausfalls durch die Portomoderation. In Betreff der Portofreiheiten schließe er sich den Bedenken des Abg Lasker an, hoffe aber, daß die parlamentarischen Korporationen mit gutem Beispiel vorangehen und sich vor jedem Mißbrauch der Portofreiheiten hüten werden. Er wolle vermeiden, hier näher darauf einzugehen. — Freiherr v. Hagke wiederholt den Wunsch auf Ermäßigung des Landbrief-Bestellgeldes. — Die Abgg. Dr. Waldeck und Dr. Becker (Dortmund) haben den Antrag gestellt: Der Reichstag wolle den Bundeskanzler auffordern, eine Verbesserung der Lage der Postunterbeamten, welche angestellt sind: „a. auf Kündigung, b. ohne Berechtigung zur Pension, c. mit der Verpflichtung, einen Abzug von 1 Prozent zur Post-Armen-Kasse zu erleiden, — dahin eintreten zu lassen: daß wenigstens einem Theile dieser Beamten fixe Anstellung oder doch Pensionsberechtigung nach einer gewissen Dienstzeit gewährt, der Abzug ad c. aber überhaupt in Wegfall gebracht wird." — Abg. Dr. Waldeck empfiehlt diesen Antrag.

General-Post-Direktor von Philipsborn: Die feste Anstellung der Unterbeamten wird von der Administration als eine Belohnung guter Dienste betrachtet und im Auge behalten werden. Zu der Pensionsberechtigung gehört ein besonderes Gesetz, wozu sich später die Gelegenheit findet. Der Postarmenfonds habe eine ganz andere Tendenz und Einrichtung als der Pensionsfonds. Die Beiträge der in dem Antrage genannten Kategorie von Unterbeamten betragen 17,000 Thlr., während die von dem Fonds an die Wittwen u. s. w. derselben Klasse geleisteten Unterstützungen 31,000 Thlr. betragen. — Die Abgg. Dr. Waldeck und Dr. Becker halten ihren Wunsch aufrecht, daß die 17,000 Thlr. aus einem anderen Fonds entnommen und nicht durch die Beiträge dieser armen sehr gering besoldeten Unterbeamten aufgebracht werden müßten. Das Publikum habe eher Gelegenheit, die Klagen der Unterbeamten zu hören, als vielleicht der Herr Chef. — General-Post-Direktor v. Philipsborn: Er könne allerdings nur konstatiren, daß ihm noch keine Beschwerde eines Unterbeamten über den kleinen Abzug für die Post-Armenkasse vorgekommen sei und müsse bei den vermehrten Anforderungen empfehlen, der Post den Fonds nicht zu schmälern. — Der Antrag Waldeck-Becker wird abgelehnt. — Die weitern Titel des Kapitels 3 Postwesen werden angenommen. — Zu Kapitel 3 Telegraphen-Verwaltung macht Abg. Graf Bethusy-Huc darauf aufmerksam, daß die Telegraphisten und Ober-Telegraphisten sehr gering besoldet und schlechter als die Boten gestellt sind, und empfiehlt, statt der Prozentantheile für die Depeschen Stationszuschüsse oder Theuerungszulagen zu geben. — General-Post-Direktor v. Philipsborn bedauert, daß der Chef der Telegraphenverwaltung nicht anwesend sei; die Frage wegen der Prozentantheile sei vielfach ventilirt worden. — Graf Bethusy hält seinen Wunsch aufrecht. Die Titel der Telegraphenverwaltung (Einnahme 2,452,445 Thlr., Ueberschuß: 324,945 Thlr., 49,945 Thlr. mehr als im Jahre 1868) werden angenommen. — Zu Kap. 4 Verschiedene Einnahmen empfiehlt der Abg. Dr. Becker die Aufhebung der für die Deutschen im Auslande oft sehr lästigen und gegenüber den andern Nationen unpassenden Paßgebühren der Konsulate. Er führt einen Fall aus Algier an. Der betreffende Etat (129,496 Thlr.) wird angenommen.

Das Haus geht zum Militär-Etat über. Bundes-Kommissar General-Lieutenant v. Podbielski erklärt, der Etat sei nach denselben Prinzipien wie der vorjährige aufgestellt. Die Einnahme der Militär-Verwaltung habe sich in Folge des geringeren Prozentsatzes der Vermehrung der Bevölkerung in den letzten drei Jahren um 70,000 Thlr. geringer gestellt. — Zur General-Debatte meldet sich Niemand — Zu Titel 1 fragt der Abg. Twesten, in welchem Verhältniß denn der Kriegsminister und der Marineminister zum Bunde ständen. — Abg. Kriegsminister v. Roon: Als die betreffende Person wolle er antworten. Seit der Minister-Präsident v. Manteuffel das Marineministerium verwaltete, sei dies von dem Kriegsministerium ganz getrennt geblieben. Eine Vereinigung habe in keiner Weise stattgefunden, sie bestehen für sich und haben nur einen gemeinsamen Chef. Die Frage über das Verhältniß desselben zu dem Bundeskanzler gehört in das Internum. Der Ober-Bundesfeldherr, Se. Majestät der König, hat die Geschäfte des Bundes-Kriegsministers und des Bundes-Marineministers den in Preußen damit Betrauten übertragen. — Das Militär-Etat wird hierauf ohne weitere Einwendungen angenommen. — Der Präsident theilt mit, daß vom Bundeskanzler zwei neue Gesetzentwürfe eingegangen sind, über deren geschäftliche Behandlung Beschluß zu fassen sei. — Er verliest unter allgemeiner Aufmerksamkeit die Gesetzvorlagen. Nr. 1, betreffend einige Verhältnisse der Bundesbeamten (Heimathsberechtigung auch bei Versetzung in andere Bundesgebiete, Besteuerung nach dem Modus des Amtssitzes 2c.) (Für dasselbe wird Vorberathung im Plenum beschlossen.)

Nr. 2, betr. die Verwaltung der nach dem Gesetz vom 9. November 1867 zur Erweiterung der Marine 2c. aufzunehmenden Bundes-Anleihe. (§. 1. Die Verwaltung der nach Maßgabe des Gesetzes 2c. aufzunehmenden Anleihe wird bis zum Erlaß eines Schuldengesetzes des Bundes der preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden nach dem Gesetz vom 24 Februar 1850 übertragen und ist dieselbe dafür verantwortlich, das eine Konvertirung der Anleihe nicht anders, als auf Grund eines Gesetzes und nach Bewilligung der Mittel erfolgen kann. §. 2. Die obere Leitung führt der Bundeskanzler, soweit dabei nicht die Unabhängigkeit der Staats-Schulden-Kommission in Widerspruch kommt. — §. 3. Der Direktor und die Mitglieder der Staats-Schulden-Kommission haben zu Protokoll auf ihren Eid ihre Pflichten auch auf diese Uebertragung auszudehnen. — §. 4. Die Geschäfte der Bundes-Schulden-Verwaltung werden von einer Bundes-Schulden-Kommission geführt. Dieselbe besteht aus drei Mitgliedern des Bundesrathes (für die Session), drei Mitgliedern des Reichstags (auf drei Jahre durch absolute Stimmenmehrheit gewählt) und dem Präsidenten der Rechnungs-Behörde des Bundes, bis zu dessen Kreirung dem Chef-Präsidenten der Ober-Rechnungskammer. Für diesen Gesetz-Entwurf wird nach kurzer Debatte Vorberathung im Hause beschlossen — Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der 3. Bericht der Petitions-Kommission. Eine Petition des H. Sternberg in Berlin, dahin gehend, die in mehreren Staaten des norddeutschen Bundes bei der Eidesleistung von Seiten jüdischer Mitbürger üblichen Förmlichkeiten abzuschaffen und die Norm der Eidesabnahme für Juden der für die Christen gleich zu stellen, wird nach dem Antrage der Kommission, soweit sie auf die Abschaffung der bei dem Juden-Eide üblichen Förmlichkeiten sich bezieht, dem Herrn Bundeskanzler mit dem Ersuchen überwiesen, dieselbe der zur Berathung der Civilprozeß-Ordnung tagenden Kommission zur Berücksichtigung bei Ausarbeitung der neuen Civilprozeß-Ordnung zuzustellen. — Eine Petition mehrerer deutschen Einwohner von North-Shields 2c. um Errichtung eines preußischen oder norddeutschen Konsulats daselbst wird dem Bundeskanzler überwiesen. Desgleichen eine Petition des Hamburger Thierschutzvereins um Erlaß eines allgemeinen Thierschutzgesetzes als Material für den Entwurf eines allgemeinen Strafrechts. Die Petition des Rechtsanwalts Fischer u. Gen. zu Breslau um Zuziehung von Rechtsanwalten bei der Berathung des Entwurfs der Civil-Prozeß-Ordnung wird dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. — Mehrere Petitionen in Betreff des Projekts eines Nord-Ostsee-Kanals durch Schleswig-Holstein werden durch Ueberweisung der einen an den Bundeskanzler zur Berücksichtigung als erledigt erklärt. — Petitionen des Barons v. Warburg zu Neustadt-Dresden und Anderer gegen Doppelbesteuerung führen zu Erläuterungen Seitens des Kgl. sächsischen Staatsministers v. Friesen. Sie werden nach dem Kommissionsantrage dem Bundeskanzler mit dem Ersuchen um Abhülfe des Uebelstandes überwiesen. — Zwei andere Petitionen werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, 27 sind zur Erörterung im Plenum nicht geeignet. — Der Postvertrag mit Belgien wird durch Schlußberathung erledigt. — Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: Wahlprüfungen, Abstimmung über die Geschäftsordnung, die Vorlagen und Anträge wegen der Branntweinsteuer, die Maß- und Gewichtsordnung, den Antrag auf Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs und der Wechselordnung im Bunde.

Frankfurt a. M., 10. Juni. Die „Frankfurter Zeitung" ist in der Lage zu erklären, daß die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht, das Bankhaus Rothschild beabsichtige nach Berlin überzusiedeln, unbegründet ist.

Barmen, 9. Juni. Die Arbeiterbewegung nimmt hier zu. Neuerdings haben die Weber, Wirker und Riemendreher in mehreren Geschäften die Arbeit eingestellt, wogegen in einigen anderen eine Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern zu Stande gekommen ist. Die feiernden Arbeiter durchzogen gestern die Stadt.

Stuttgart, 9. Juni. Die durch Königliche Verordnung nunmehr ausgeschriebenen Wahlen zur Abgeordnetenkammer, für welche zum erstenmal das allgemeine Stimmrecht zur Anwendung kommt, werden nicht verfehlen, eine große Bewegung im Lande hervorzurufen. Es ist der kommenden Kammer eine hinlängliche Wichtigkeit beizulegen und es fragt sich, ob das gegenwärtige Ministerium Varnbüler vor ihr wird Stand halten können, denn all' die widerstreitenden Elemente, welche das Ministerium für die Zollparlamentswahlen zusammengerufen hat, werden sich diesmal nicht wieder zusammenbringen lassen, vielmehr wird der Kampf gegenseitig entbrennen. An dem Auftreten unserer Vertreter bei dem Zollparlament hat unser Land übersättigt genug bekommen, man kann nicht sagen, mit welcher Theilnahmelosigkeit diese Herren bei ihrer Zurückkunft empfangen worden, wie spurlos sie in ihren Bezirken verschwunden sind. Herr v. Varnbüler ist auch nichts weniger als gut gelaunt von Berlin zurückgekommen und die Regierung sieht mit Besorgniß den Wahlen entgegen, auf welche sie diesmal so viel als keinen Einfluß zu üben im Stande sein wird.

Augsburg, 9. Juni. Wohl nahezu dreitausend Personen jubelten gestern Abends Herrn Dr. Völk entgegen, als der Münchener Zug in den hiesigen Bahnhof einfuhr und die Hochrufe endeten erst, als der gefeierte Redner auf der Fahrt in die Stadt den Blicken entschwand.

Ausland.

Wien, 8. Juni. Im Ministerium des Aeußern sind wichtige Veränderungen vorgegangen, welche mit der thatsächlichen Abschaffung des Konkordats, der damit inaugurirten neuen Richtung und dem Personenwechsel im alten Palais am Ballplatz zusammenhängen. Wie nach dem Rücktritt der Fürsten Kaunitz und Metternich, ist auch mit der Uebernahme des Portefeuilles der äußeren Angelegenheiten durch Baron Beust ein neuer, reformatorischer Geist, der Geist der jüngeren Schule zum Durchbruch gekommen. Der Unterstaatssekretär Baron Meysenbug und Baron Menßhengen, früher Kanzleidirektor und Hofrath, sind zurückgetreten. Das Bureau des ehemaligen Unterstaatssekretärs hat Baron Oldenburg übernommen, ein durch die in Paris vollzogene Bildung, langjährige Erfahrung und stylistische Vollendung ausgezeichneter, dem Zeitgeist volle Huldigung und Anerkennung zollender Diplomat. Das Kanzleireferat hat Baron Werner, der Neffe des Kaiserlichen Gesandten in Dresden und früheren Unterstaatssekretärs, zu leiten. Die eigentlichen Kanzleigeschäfte des Unterstaatssekretärs führt Sektionschef v. Hofmann, welcher nach wie vor das volle Vertrauen des Baron Beust genießt und gewissermaßen als eigentlicher, thatsächlicher Vertreter des Unterstaatssekretärs betrachtet werden kann. — Prinz Napoleon soll bis zum 13. d. Mts. hier weilen, wird hiermit das Schauspiel des Frohnleichnamszuges mitgenießen können.

— Zu dem gestern beim Herzog von Gramont zu Ehren des Prinzen Napoleon stattgehabten Diner war nebst anderen Gesandten auch der preußische Gesandte Baron Werther geladen. Für morgen soll der Prinz beim König von Hannover zur Tafel geladen sein.

Paris, 10. Juni. Der „Abend-Moniteur" meldet, die Regierung werde in Gemeinsamkeit mit den übrigen Mächten die Mittel und Wege einer Prüfung unterwerfen, die Gläubiger von Tunis zu befriedigen. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß in kurzer Frist günstige Resultate erzielt werden würden.

London, 8. Juni. Am verwichenen Freitag segelte das Schiff „John Bright" mit 650 Mormonen an Bord, von Liverpool nach Newyork ab, woselbst sie unter Aufsicht von den Aeltesten der Sekte direkt nach Utah befördert werden. Die meisten Mormonen-Emigranten waren Walliser oder Einwohner der Midland-Grafschaften. Frauen waren unter den „Salzsee-Heiligen" sehr stark vertreten und die männlichen Personen befanden sich zum größten Theile noch im Jünglingsalter.

Belgrad, 10. Juni. Der regierende Fürst Michael wurde heute Nachmittag 5 Uhr während der Promenade im Parke von drei Individuen überfallen, und mit einem Revolver niedergeschossen. Aufregung furchtbar.

Pommern.

Stettin, 11. Juni. Um dem so vielfach kundgegebenen Bedürfnisse nach guten und zuverlässigen Kreiskarten zu entsprechen, hat der Königl. Generalstab der Armee sich bereit erklärt, auf Grund der neueren, von ihm geleiteten topographischen Aufnahmen, deren Ergebnisse bisher nur in kleineren, ohne Rücksicht auf die Kreisgrenzen abgetheilten Sektionskarten zur Veröffentlichung gelangt sind, nunmehr auch die gewünschten Kreiskarten zu einem verhältnißmäßig billigen Preise herzustellen. Von den rasch beliebt gewordenen Sektionskarten des Generalstabes sind regelmäßig drei bis vier erforderlich, um das ganze Gebiet eines Kreises zu überblicken.

— Am Sonnabend den 13. d. Mts. wird Herr Rittergutsbesitzer Held auf Pitzewitz bei Pyritz und am Sonntag den 14. Herr Rittergutsbesitzer Kiekebusch auf Gellin bei Grambow ein öffentliches Probemähen mit den durch die Herren Schütt und Ahrens hierselbst bezogenen Samuelson'schen Mähmaschinen veranstalten.

— Heute früh wurde der 44 Jahre alte Tischler Julius Schneider auf dem Grundstücke des Hofes Klosterhof Nr. 4 an der Sprosse einer Feuerleiter mittelst eines Riemens, den er sich um den Hals geschlungen hatte, erhängt gefunden. Da S. in den traurigsten Verhältnissen lebte, ist Lebensüberdruß als das Motiv des Selbstmordes anzusehen.

— In den Tagen vom 6. bis inkl. 10. Juni wurde hier an Getreide eingeführt: 883 Wspl. 15 Scheffel Weizen, 494 Wspl. 17 Schffl. Roggen, 594 Wspl. 21 Schffl. Gerste, 113 Wspl. 12 Schffl. Hafer, 113 Wspl. 16 Schffl. Erbsen, 365 Wspl. 20 Schffl. Kartoffeln.

— Auf der Grünhof-Brauerei findet morgen Abend ein Symphonie-Konzert der Orlin'schen Kapelle, in welchem sich auch der berühmte ungarische Schalmei-Virtuose Nagy-Jakob hören lassen wird, gegen den mäßigen Entrittspreis von 2½ Sgr. statt.

— Einzelne Berliner Blätter bringen unter der Rubrik „Kunst und Wissenschaft" noch immer mit ziemlicher Regelmäßigkeit mehr oder minder verschämten Reklame für die Schauspielerin Frau Ellinor, indem sie beständig an deren erstes Auftreten in Stettin erinnern. Wir könnten unsern Lesern mit einer ganzen Sammlung solcher Notizen aufwarten, für die wir den Berlinern insofern dankbar sein müssen, als der Ruhm der Stettiner Bühne, diese Berühmtheit in spe zuerst auf ihren Brettern beherbergt zu haben, durch solche historische Dokumente unzweifelhaft sicher gestellt wird.

— In Alt-Damm ist der Konrektor Keck fest angestellt.

Wollbericht.

Stralsund, 10. Juni. Unser Wollmarkt eröffnete gestern bei ziemlich lebhafter Kauflust zu Preisen, die je nach Qualität und Wäsche von 55 bis 62 Rt. per Ctr. differirten. Gegen Mittag zogen Käufer sich zurück und Preise fielen sodann um 1 bis 2 Rt., wodurch sich Nachmittags wieder ein lebhafterer Abzug einstellte und Abends etwa drei Viertel der ganzen Zufuhr verkauft war. Das bis gestern Abend zu Markt gebrachte Quantum betrug 7920 Centner. Wirklich feine Wäschen waren verhältnißmäßig wenig vorhanden. Diesen Morgen entwickelte sich ein ziemlich lebhafter Begehr zu etwa 1 Rt. höherem Preise für die besseren Wäschen und gegenwärtig (12 Uhr Mittags) sind nur noch etwa 200 Centner unverkauft.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 10. Juni, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Bravo (SD), Gallilei von Hull. Vistula (SD), Parker von Leith. Wind NO. Revier 15½ F. Strom eingehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. Juni. Witterung: trübe, etwas Regen. Temperatur + 16° R. Wind SO.

An der Börse.

Weizen flau und niedriger, loco per 2125 Pfd. gelber inländischer 90—96 Rt. bez., bunter poln. 87—91 Rt., ungarischer 64—72 Rt., besserer 73—78 Rt. bez., feiner 80—82 Rt. bez., per 83—85pfd. gelber Juni 92½, 92 Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli 87 Rt. Br., Juli-August 84 Rt. Br., August-Sept 83½ Rt. bez., Septbr.-Oktober 77½ Rt. bez. u. Br.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 54—58 Rt. bez., 81pfd. 61 Rt. bez., 82—83pfd. 62—63 Rt. bez., Juni 59½, ¾, 59 Rt. bez. u. Gd., 59½ Br., Juni-Juli 57½, ¾, 57¼, 57 Rt. bez. u. Gd., Juli-August 55½, 55 Rt. bez., September-Oktober 53½, 54 Rt. bez. u. Br., 53½ Gd.

Gerste unverändert, per 1750 Pfd. loco mährische u. ungar. 42 bis 47 Rt. nach Qual. bez.

Hafer matter, per 1300 Pfd. loco 33—35½ Rt. bez. pr. 47—50pfd. Juni u. Juni-Juli 35 Rt. bez.

Erbsen unverändert, pr. 2250 Pfd. loco Futter- 54—58 Rt. bez.

Winterrübsen niedriger, September-Oktober 73 Rt. bez.

Rüböl matter, loco $10\frac{1}{12}$ Rt. Br., Juni u. Juni-Juli 10 Rt. Br., Septbr.-Oktober $9\frac{11}{12}$ Rt. bez. u. Br., $9\frac{5}{6}$ Gd.

Spiritus matter, loco ohne Faß $17\frac{2}{3}$ Rt. Br., Juni u. Juni-Juli $17\frac{2}{3}$ Rt. Gd., Juli-August 18 Rt. Br., $17\frac{11}{12}$ Gd., August-Septbr. $18\frac{1}{3}$ Rt. Br., $18\frac{1}{6}$ Gd., Sept.-Okt. $17\frac{5}{6}$ Rt. Br.

Angemeldet. 50 Wspl. Hafer.

Regulirungs-Preise: Weizen $92\frac{1}{4}$, Roggen 59½, Hafer 35, Rüböl 10, Spiritus $17\frac{2}{3}$.

Berlin, 11. Juni, 2 Uhr 3 Min. Nachmittags. [Staatsschuldscheine $83\frac{7}{8}$ bez. Staats-Anleihe 4½ % 95¾ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 135¾ bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 93¾ bez. Oesterr. National-Anleihe 55½ bez. Pomm. Pfandbriefe $85\frac{3}{8}$ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 183½ bez. Wien 2 Mt. $86\frac{5}{8}$ bez. London 3 Mt. 6. $23\frac{5}{8}$ bez. Paris 2 Mt. 81 bez. Hamburg 2 Mt. $150\frac{5}{8}$ bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien 72 Br. Oesterr. Banknoten $87\frac{7}{16}$ bez. Russ. Banknoten 83¼ bez. Amerikaner 6 % 78 Br.

Weizen Juni 74 bez. u. Br. Roggen Juni 54½ bez. u. Br. Juni-Juli 54¼, 53½ bez. Juli-August 53 bez., 52 Gd. Rüböl loco 10 Br., Juni $9\frac{11}{12}$ bez., Sept.-Okt. 10 bez. u. Br. Spiritus loco 18¼ bez., Juni-Juli $17\frac{17}{24}$, ¾ bez., Juli-August $17\frac{23}{24}$, $\frac{7}{8}$ bez., August-Septbr. $18\frac{1}{8}$, $\frac{1}{12}$ bez.

Breslau, 10. Juni. Spiritus per 8000 Prozent Tr. $17\frac{1}{12}$. Roggen per Juni 54, per Herbst 51½. Rüböl per Juni 9½, pr. Herbst $9\frac{2}{3}$. Zink unverändert.

Hamburg, 10. Juni. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco, sowie Weizen auf auf Termine sehr fest. Weizen pr. Juni 5400 Pfd. netto 155 Bankothaler Br., 154 Gd., pr. Juni-Juli 148 Br. u. Gd., per Juli-August 143 Br., 142 Gd. Roggen pr. Juni 5000 Pfd. Brutto 96 Br., 95 Gd., per Juni-Juli 94 Br., 93 Gd., per Juli-August 93 Br., 92 Gd. Hafer sehr stille. Rüböl ruhig, loco und pr. Juni 21, per Oktober $22\frac{1}{8}$. Spiritus ohne Angebot 25½. Kaffee fester. Zink ruhig. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 10. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen loco 15 Fl. höher, per Juni 206, per Juli 208. Rüböl per November-Dezember 34.

London, 10. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 9540, Gerste 9470, Hafer 15,580 Quarters.

Sehr schwacher Marktbesuch. Weizen sehr ruhig. Preise nominell unverändert. In Gerste schleppendes Geschäft. Hafer fest, aber ruhig. Leinöl loco Hull 31½. — Schönes Wetter.